

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **EUROPÄISCHER RAT VOM 16.09.2010 – STREIT ZWISCHEN FRANKREICH UND KOMMISSION WEGEN ABSCHIEBUNG DER ROMA**

Der Europäische Rat (ER) vom 16.09.2010 befasste sich in erster Linie mit den neuen Möglichkeiten des Lissabon-Vertrages im Bereich der Außenbeziehungen und traf eine „interne Vereinbarung“ für eine bessere Koordinierung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Zudem legte der ER eine Reihe von allgemeinen Orientierungen für die bis Ende des Jahres anstehenden Gipfeltreffen und internationale Konferenzen fest. Auf der Basis eines mündlichen Berichts von Ratspräsident *Van Rompuy* zog der ER Bilanz über die Fortschritte der Arbeiten in der Task Force zur „wirtschaftspolitischen Steuerung“. Überschattet wurde der Gipfel durch eine Auseinandersetzung zwischen Frankreichs Präsident *Sarkozy* und Kommissionspräsident *Barroso* über die Abschiebungen von Roma in Frankreich (s. auch Berichte aus den Ressorts).

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER EP-PLENARSITZUNG VOM 06. – 09.09.2010 IN STRAßBURG – ERSTMALIGE DEBATTE ZUR LAGE DER EU**

Mittelpunkt der Plenarsitzung war die erstmalig gehaltene Rede zur Lage der EU durch Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* mit anschließender Debatte. Aus aktuellem Anlass befasste sich das Europäische Parlament (EP) mit der Lage der Roma und forderte die unverzügliche Aussetzung der Ausweisung von Roma durch Frankreich und andere Mitgliedstaaten. Im gesetzgeberischen Bereich verabschiedete das EP nach vorheriger Einigung mit dem Rat in zweiter Lesung eine Richtlinie zur Einschränkung von Tierversuchen. Die Abgeordneten begrüßten die Einigung mit dem ECOFIN-Rat zum Finanzaufsichtspaket. Im Konsultationsverfahren zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien forderte das EP eine Beschäftigungsrate von 75 % bis 2020. In einem Initiativbericht sprachen sich die Abgeordneten für faire Einnahmen für Landwirte und gegen den Missbrauch von marktbeherrschenden Stellungen in der Lebensmittelversorgungskette aus. Hingegen wurde die endgültige Abstimmung über das neue Handelsabkommen mit Südkorea auf das Oktoberplenum verschoben (s. auch die Berichte aus den Ressorts).

Umfassende Informationen zum Plenum finden sich unter:



[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/plenary\\_session\\_infopress/default/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/plenary_session_infopress/default/default_de.htm)

### **EUROBAROMETER FRÜHJAHR 2010: VERTRAUEN IN EU SINKT**

Nach einer am 26.08.2010 vorgelegten Eurobarometerumfrage halten nur noch 49 % aller Europäerinnen und Europäer es für eine gute Sache, dass ihr Heimatland Mitglied der EU ist. Dies entspricht einer Abnahme von 4 % gegenüber Herbst 2009. In Deutschland ist die Zustimmung in diesem Zeitraum sogar um 10 % gesunken. Auch das Vertrauen in die EU ist von 48 % im Herbst 2009 auf 42 % im Frühjahr 2010 gesunken. In Deutschland vertrauen allerdings nur 37 % der EU, bei einem Anteil von 54 %, der der EU misstraut. Noch weniger Vertrauen in die EU haben nur die Bürger Großbritanniens (20 % Vertrauen, 68 % Misstrauen). Jedoch vertrauen deutlich mehr Bürger der EU als ihrer eigenen Regierung (29 %, unverändert gegenüber Herbst 2009) und ihrem nationalen Parlament (31 %, Zunahme von einem 1 %). Demgegenüber meinen 75 % der Bürger, dass eine bessere Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik unter den Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise entscheidend beiträgt. In Deutschland sind davon sogar 85 % überzeugt, was einer Steigerung um 7 % gegenüber August 2009 entspricht.

Ausführlicher Bericht:

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb73/eb73\\_first\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb73/eb73_first_en.pdf)

### **BÜROKRATIEABBAU: HIGH-LEVEL-GRUPPE VON MP A. D. DR. STOIBER VERLÄNGERT**

Die hochrangige Expertengruppe unter Vorsitz des früheren, bayerischen Ministerpräsidenten *Dr. Edmund Stoiber* wird zwei weitere Jahre in der EU für den Bürokratieabbau zuständig bleiben. Das Mandat, das ursprünglich Ende September 2009 auslaufen sollte, wurde bis Ende 2012 verlängert. Außerdem wurden die Kompetenzen erweitert. Neben der Überprüfung der bestehenden Rechtsnormen der EU auf überflüssige Verwaltungslasten soll die Gruppe zusätzlich Vorschläge ausarbeiten, wie die Umsetzung der Bürokratieerleichterungen in den Mitgliedsstaaten schnellstmöglich erfolgen kann.

Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/162&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



<http://www.euractiv.de/unternehmen-und-arbeit-000315/artikel/eu-brokratieabbau-stoiber-macht-weiter-002956>

### **EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST (EAD) OFFIZIELL GEGRÜNDET**

Nach der grundsätzlichen Zustimmung des EP am 08.07.2010 (s. EB 13/10) hat der Außenministerrat am 26.07.2010 den Beschluss zur Organisation und Arbeitsweise des EAD verabschiedet, der am 01.12.2010 seine Arbeit aufnehmen soll. Die Gründung eines eigenen Auswärtigen Dienstes ist eine der wichtigsten Veränderungen, die das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon mit sich bringt. Der EAD wird die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Catherine Ashton*, unterstützen und soll größere Kohärenz und Effizienz im auswärtigen Handeln der EU ermöglichen und dadurch den Einfluss der EU in der Welt stärken. Nunmehr müssen noch die Änderungen zur Haushaltsordnung und zum Personalstatut vom EP gebilligt werden.

### **TÜRKEI: VERFASSUNGSREFORM ANGENOMMEN**

Am 13.09.2010 begrüßte Erweiterungskommissar *Štefan Füle* die Zustimmung der türkischen Bevölkerung zu einer umfassenden Verfassungsreform und sprach von einem Schritt in die richtige Richtung, merkte aber auch an, dass es auf die Umsetzung der Reformen entscheidend ankomme. Durch die Verfassungsänderung erhalten die türkischen Bürger mehr Rechte, die zivile Kontrolle über die Armee wird gestärkt und die Justiz wird reformiert.

Pressemitteilung:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/402&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **UKRAINE: ENGERE ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU**

Am 14.09.2010 haben Kommissionspräsident *Barroso* und der Präsident der Ukraine, *Viktor Janukowitsch*, in Brüssel gemeinsam erklärt, sie wollen die Kooperation zwischen der EU und der Ukraine ausbauen. Dadurch soll der Reformprozess in der Ukraine gestärkt werden und das Land soll sich der EU weiter annähern.

Pressemitteilung:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/405&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



## **RUMÄNIEN UND BULGARIEN: WEITERE JUSTIZREFORMEN DRINGEND NÖTIG**

Am 13.09.2010 hat der Rat den Bericht der Kommission zu den Fortschritten in Rumänien und Bulgarien (s. EB 14/10) begrüßt und eine Schlussfolgerung zum weiteren Vorgehen gegenüber den beiden Mitgliedsstaaten verabschiedet. Dabei empfahl der Rat die genaue Beobachtung im Rahmen der Regelung für Zusammenarbeit und Überprüfung beizubehalten und drängte auf weitere Reformen insbesondere im Bereich Justiz sowie beim Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen.

Berichte der Kommission:

[http://ec.europa.eu/dgs/secretariat\\_general/cvm/progress\\_reports\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/progress_reports_en.htm)

Schlussfolgerung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/16490.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/16490.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

## **KOMMISSION UND EP: FRANKREICH SOLL AUSWEISUNG VON ROMA STOPPEN**

Kommissionsvizepräsidentin Reding hat in scharfen Worten Kritik an Frankreich im Zusammenhang mit der Ausweisung von Roma geübt und die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren im Eilverfahren angekündigt. Das EP machte Bedenken gegen die Ausweisungsmaßnahmen geltend und fordert deren unverzügliche Aussetzung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/428&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0312+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EUGH: DEUTSCHES RECHT ZU GLÜCKSPIELEN NICHT HINREICHEND KOHÄRENT**

Der EuGH hat einen weiten Wertungs- und Gestaltungsspielraum der Mitgliedsstaaten im Glückspielsektor einschließlich vollständiger oder teilweiser Verbote und die grundsätzliche Zulässigkeit staatlicher Glückspielmonopole sowie ein der Spielsuchtbekämpfung dienendes Verbot der Veranstaltung und Vermittlung von Glückspielen im Internet als europarechtlich zulässig bezeichnet.



Dagegen bestehe „Grund zu der Schlussfolgerung, dass die deutsche Monopolregelung die Glücksspiele nicht in kohärenter und systematischer Weise begrenzt“.

Die Urteile (Rechtssachen C-409/06; C-316/07; C-46/08) finden sich unter:  
<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

### **KOMMISSION LEGT BERICHT ÜBER DIE ANWENDUNG DER ASYLVERFAHRENSRICHTLINIE VOR**

Die Kommission hat den in der Asylverfahrensrichtlinie vorgesehenen Anwendungsbericht vorgelegt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass einige Vorschriften der Richtlinie zu ungenau sind. Auch einige optionale Bestimmungen und Abweichungsklauseln führten zu einer zu unterschiedlichen Anwendung in den Mitgliedstaaten.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0465:FIN:DE:PDF>  
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1100&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **EUGH-GENERALANWALT: ÜBERTRAGUNG DES RETTUNGSDIENSTES IN BAYERN IST KEIN AUSSCHREIBUNGSPFLICHTIGER DIENSTLEISTUNGS-AUFTRAG**

Generalanwalt Mázak hat seine Schlussanträge zu einem Vorabentscheidungsersuchen veröffentlicht, das das Oberlandesgericht München im Rechtsstreit zwischen einem privaten Rettungsdienstunternehmen einem Rettungszweckverband vorgelegt hat. Mázak sieht im Fehlen einer unmittelbaren Vergütung einen hinreichenden Grund, um die Übertragung als Dienstleistungskonzession und nicht als ausschreibungspflichtigen Auftrag einzustufen.

Die Kommission hat eine öffentliche Konsultation zu einer möglichen gesetzgeberischen Initiative im Bereich der Dienstleistungskonzessionen gestartet. Die Beteiligung daran ist bis 30.09.2010 möglich.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>  
[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/concessions\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/concessions_en.htm)



### **EURODAC-JAHRESBERICHT 2009: MEHRFACHANTRÄGE AUF ASYL NEHMEN ZU, ILLEGALE EINWANDERUNG NIMMT AB**

Die Kommission hat den Jahresbericht 2009 über die Datenbank EURODAC veröffentlicht, in der die Fingerabdruckdaten aller Personen, die in der Europäischen Union Asyl beantragen oder beim illegalen Überschreiten einer Außengrenze aufgegriffen werden, gespeichert werden. Der Anstieg von Asylanträgen hat sich fortgesetzt. Dagegen wurden um 50 % weniger illegale Einwanderer erfasst. Bei insgesamt 23,3 % der Asylbewerber konnte festgestellt werden, dass sie zuvor schon einen Asylantrag in einem anderen Land gestellt hatten. Die Zahl der unzulässigen Mehrfachanträge stieg somit um 5,8 %.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0416:FIN:EN:PDF>  
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1023&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **EINIGUNG IM TRILOG BEI DER ZAHLUNGSVERZUGSRICHTLINIE**

Vertreter des EP und des Ministerrates einigten sich am Abend des 13.09.2010 auf eine Überarbeitung der Richtlinie zum Zahlungsverzug. Nach der Einigung müssen künftig öffentliche Auftraggeber und private Unternehmen die von ihnen erworbenen Waren und Dienstleistungen in der Regel innerhalb von 30 Tagen bezahlen. Diese Frist kann im Falle der öffentlichen Hand als Schuldnerin (Art. 5 der Richtlinie) nur in sehr begründeten Ausnahmefällen auf maximal 60 Tage verlängert werden.

### **FORDERUNGEN DES EP ZUR REVISION DER BRÜSSEL I-VERORDNUNG**

Das EP hat am 07.09.2010 einen von dem polnischen EVP-Abgeordneten *Tadeusz Zwiefka* verfassten Bericht zur Brüssel I-VO (EuGVO) verabschiedet. Darin werden u.a. die Abschaffung des Exequaturverfahrens und eine Lösung des Problems der sog. Torpedoklagen gefordert.

### **ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG DER KOMMISSION ZUM ELEKTRONISCHEN GESCHÄFTSVERKEHR**

Die Kommission führt eine öffentliche Anhörung über die Zukunft des elektronischen Geschäftsverkehrs und die Umsetzung der Richtlinie zur Verbesse-



zung des elektronischen Geschäftsverkehrs durch. Ziel der Anhörung ist es, die Hindernisse der Entwicklung des elektronischen Geschäftsverkehrs zu identifizieren.

Die Konsultation ist im Internet abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/e-commerce\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/e-commerce_en.htm)

Die Frist für Beiträge zur Anhörung läuft bis zum 15.10.2010.

### **BESSERE BERÜCKSICHTIGUNG VON VERBRAUCHERINTERESSEN IM ENERGIEBEREICH**

Die Energieminister der EU stellten bei ihrem informellen Treffen am 06.09.2010 in Brüssel fest, dass nach einem Jahrzehnt Energieliberalisierung die Verbraucherinteressen noch nicht hinreichend berücksichtigt worden sind.

### **„RUNDER TISCH“ ZUM EUROPÄISCHEN VERTRAGSRECHT**

Am 07.09.2010 fand das erste Treffen zwischen Kommission und Verbänden in Brüssel statt, um über ein Europäisches Vertragsrecht für Verbraucher und Unternehmer zu diskutieren. An dem „Runden Tisch“ nehmen neben Unternehmens- und Verbrauchergruppen auch Verbände der Rechtsberufe teil.

### **JAHRESBERICHT ZU BESCHLAGNAHMEN PRODUKTFÄLSCHUNGEN**

Nach dem Jahresbericht der Kommission zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums, hielt der Zoll im Jahr 2009 in über 43.000 Fällen insgesamt 118 Millionen Waren an den Grenzen fest. Während in der Vergangenheit in erster Linie Luxusgüter betroffen waren, fallen nunmehr immer häufiger Gegenstände des täglichen Bedarfs auf. In den letzten Jahren hat die Zahl beschlagnahmter Produktfälschungen immer mehr zugenommen. Der Bericht enthält Angaben zu Art der Produkte, Ursprungsländern und möglichen Gefährdungen für Gesundheit und Sicherheit der europäischen Verbraucher.

### **EUROJUST JAHRESBERICHT 2009**

Der im Juli vorgestellte EUROJUST-Jahresbericht 2009 ist inzwischen in allen Amtssprachen verfügbar. Die Zahl der von den Mitgliedstaaten an EUROJUST herangetragenen Fälle erhöhte sich 2009 gegenüber 2008 um 15 % auf 1.372. EUROJUST veranstaltete 2009 131 Koordinierungstreffen unter Beteiligung von Richtern, Staatsanwälten und Ermittlern aus den Mitgliedstaaten.



## **SCHLUSSANTRÄGE IM VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN ZUM DEUTSCHEN NOTARIAT**

Generalanwalt *Cruz Villalón* kommt in seinen Schlussanträgen im Vertragsverletzungsverfahren gegen u.a. Deutschland zu dem Ergebnis, dass der Notarberuf allgemein und als Ganzes unmittelbar und spezifisch an der Ausübung öffentlicher Gewalt teilnimmt, weil die Beurkundung Handlungen, Verfügungen und Verhaltensweisen, die sonst nicht mehr rechtlichen Wert hätten als die Äußerung eines privaten Willens, eine eigene öffentliche Qualität verleiht und in allen beklagten Staaten den untrennbaren Kern der notariellen Tätigkeit darstellt.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **EUROPÄISCHER RAT AM 16.09.2010**

Der Schwerpunkt der Sitzung des ER am 16.09.2010 lag auf der Außenpolitik. Zur Arbeit der Task Force zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung hat der Vorsitzende der Task Force und Präsident des ER, *Van Rompuy*, nur einen mündlichen Zwischenbericht abgegeben. Der ER begrüßt die von der Task Force bisher erzielten Fortschritte, insbesondere bezüglich der Einführung des sog. „Europäischen Semesters“. Der ER unterstreicht, dass das "Momentum" der Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung beibehalten werden muss und erwartet von der Task Force für das Oktober-Treffen des ER die Vorlage eines umfassenden Maßnahmenpakets, das als Grundlage für die weiteren legislativen Arbeiten dienen soll. In der Pressekonferenz nach dem ER kündigte Herr *Van Rompuy* an, dass es Ende September eine weitere Sitzung der Task Force geben werde. Die Abschlussitzung soll dann Mitte Oktober stattfinden, damit dem ER rechtzeitig für den nächsten Gipfel am 28. und 29.10.2010 der Abschlussbericht vorgelegt werden kann.

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 07.09.2010**

Der ECOFIN-Rat hat am 07.09.2010 die Einführung des sog. Europäischen Semesters ab 2011 gebilligt. Ziel ist die bessere Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Das Europäische Semester ist das erste konkrete Ergebnis der Task Force unter Leitung des Präsidenten des ER, Herman Van Rompuy. Daneben billigte der Rat die am 02.09.2010 im Trilog-Verfahren mit dem EP erzielte Einigung über das Finanzaufsichtspaket. Nach



dem Kompromiss von Rat und EP sollen die europäischen Aufsichtsbehörden unter bestimmten Voraussetzungen das letzte Entscheidungsrecht beim Bruch von EU-Recht, in Krisensituationen oder bei Uneinigkeit der nationalen Aufsichtsbehörden in grenzüberschreitenden Fällen haben. Das EP-Plenum wird die Texte voraussichtlich auf seiner am 20. September beginnenden Plenartagung in erster Lesung annehmen. Der Rat wird das Paket formal auf einer der nächsten Sitzungen ohne weitere Diskussion (als sog. A-Punkt) annehmen. Damit können die neuen europäischen Aufsichtsbehörden ihre Arbeit voraussichtlich mit Beginn des Jahres 2011 aufnehmen. Zu den weiteren Tagesordnungspunkten Finanztransaktionssteuer und Bankenabgabe gab es noch keine konkreten Ergebnisse.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/116306.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/116306.pdf)

#### **VERORDNUNG DES RATES IM HINBLICK AUF DIE QUALITÄT DER STATISTISCHEN DATEN IM RAHMEN DES VERFAHRENS BEI EINEM ÜBERMÄSSIGEN DEFIZIT**

Der Rat hat am 26.07.2010 die Verordnung zur Stärkung der Rechte für statistische Daten im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit formal angenommen. Anlass des Kommissionsvorschlags waren die erheblichen Unregelmäßigkeiten der statistischen Daten in Griechenland. EUROSTAT soll in die Lage versetzt werden, eine effektive Überprüfung der gemeldeten Zahlen vorzunehmen, wenn signifikante Risiken oder Probleme bezüglich der Qualität der Daten festgestellt werden.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/115958.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/115958.pdf)

#### **VERORDNUNGSVORSCHLAG DER KOMMISSION ZU OTC-DERIVATEN**

Die Kommission hat am 15.09.2010 einen Vorschlag für eine Verordnung vorgelegt, mit der auf dem Markt der außerbörslich gehandelten Derivate (sog. OTC-Derivate) mehr Sicherheit und Transparenz geschaffen werden soll. Der Vorschlag sieht vor, dass Transaktionen mit OTC-Derivaten in der EU an zentrale Datensammelstellen (Transaktionsregister) gemeldet werden. Standardisierte OTC-Derivate müssen künftig durch zentrale Gegenparteien abgewickelt werden. Durch dieses sog. „Clearing“ soll verhindert werden, dass beim Zusammenbruch eines Marktteilnehmers das gesamte Finanzsystem gefährdet



wird. Die Verordnung gilt zwar grundsätzlich auch für Finanzinstitute außerhalb des Finanzsektors. Allerdings sind Nicht-Finanzinstitute, wie z. B. Industrieunternehmen, die sich mit Derivaten nur gegen Risiken im Zusammenhang mit ihrem Kerngeschäft (z. B. Währungsrisiken) absichern, von der Clearing-Verpflichtung ausgenommen. Die Verordnung muss noch von Rat und EP angenommen werden und soll ab Ende 2012 gelten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1125&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>  
[http://ec.europa.eu/internal\\_market/financial-markets/docs/derivatives/20100915\\_proposal\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/financial-markets/docs/derivatives/20100915_proposal_en.pdf)

### **VERORDNUNGSVORSCHLAG DER KOMMISSION ZU LEERVERKÄUFEN UND CREDIT DEFAULT SWAPS**

Die Kommission hat am 15.09.2010 einen Vorschlag für eine Verordnung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (CDS) angenommen. Damit sollen insbesondere die Transparenz bei Leerverkäufen erhöht und ein Rahmen für koordinierte Maßnahmen auf europäischer Ebene geschaffen werden. Investoren müssen signifikante Netto-Short-Positionen in ihrem Portfolio offenlegen. Zudem erhalten die Regulierungsbehörden Daten über Short-Positionen und Credit Default Swaps für öffentliche Schuldtitel. Die nationalen Regulierungsbehörden sollen die Befugnis haben, in Ausnahmesituationen Leerverkäufe befristet zu beschränken oder zu untersagen. Die neue Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA) soll dabei eine koordinierende Rolle einnehmen und unter bestimmten Voraussetzungen auch selbst Leerverkäufe beschränken oder verbieten können. Ein weiteres wichtiges Ziel des Verordnungsvorschlags ist die Bekämpfung der besonderen Risiken durch ungedeckte Leerverkäufe. Der Vorschlag muss noch von Rat und EP angenommen werden. Die Kommission strebt an, dass die Verordnung ab dem 01.07.2012 gilt.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1126&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Verordnungstext (bisher nur in englischer Sprache verfügbar):

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/securities/docs/short\\_selling/20100915\\_proposal\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/short_selling/20100915_proposal_en.pdf)



## **KONSULTATION ZUR BESTEUERUNG GRENZÜBERSCHREITENDER ZAHLUNGEN VON ZINSEN UND LIZENZGEBÜHREN IN DER EU**

Die Kommission hat am 26.07.2010 eine Konsultation zur Änderung der Richtlinie über eine gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten eingeleitet. Ziel der Richtlinie ist die Vermeidung von Doppelbesteuerung bei grenzüberschreitenden Zahlungen. Auf der Grundlage der Stellungnahmen diverser Wirtschaftsteilnehmer soll im Rahmen der vorliegenden Konsultation geklärt werden, ob der Anwendungsbereich der Richtlinie durch Maßnahmen, wie z. B. die Aufnahme weiterer Rechtsformen von Unternehmen, ausgedehnt werden kann. Die Konsultation läuft noch bis 31.10.2010.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/common/consultations/tax/2010\\_08\\_royalty\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/consultations/tax/2010_08_royalty_de.htm)

## **EUROPÄISCHER STRESSTEST FÜR BANKEN**

Am 23.07.2010 wurden – wie von den Staats- und Regierungschefs der EU vereinbart – die Ergebnisse des umfangreichen Stresstests für europäische Banken veröffentlicht. Europaweit nahmen insgesamt 91 Banken, davon 14 Institute aus Deutschland, an dem Stresstest teil. Der Stresstest gilt als bestanden, wenn die Kernkapitalquote eines Instituts auch im strengsten Stressszenario nicht unter 6 % fällt. Abgesehen von der HRE haben alle teilnehmenden deutschen Banken, insbesondere auch die Bayerische Landesbank, den Stresstest bestanden. Europaweit sind durch den Stresstest neben der HRE nur die griechische Landwirtschaftsbank sowie fünf spanische Sparkassen gefallen. *Michel Barnier*, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, und *Olli Rehn*, Kommissar für Wirtschaft und Währung, sprechen sich dafür aus, künftig regelmäßig solche Stresstests durchzuführen.

[http://www.bafin.de/cln\\_152/nn\\_722802/SharedDocs/Mitteilungen/DE/Service/PM\\_2010/pm\\_100723\\_stresstests\\_veroeffentlichung.html](http://www.bafin.de/cln_152/nn_722802/SharedDocs/Mitteilungen/DE/Service/PM_2010/pm_100723_stresstests_veroeffentlichung.html)

## **VORSCHLAG FÜR EINE RICHTLINIE ZUR ZUSÄTZLICHEN BEAUFSICHTIGUNG DER FINANZUNTERNEHMEN EINES FINANZKONGLOMERATS**

Die Kommission hat am 16.08.2010 einen Vorschlag zur Änderung der Finanzkonglomerate-Richtlinie vorgelegt. Finanzkonglomerate sind Finanzgruppen, die in der Regel grenzüberschreitend tätig sind und sowohl im Versicherungs- als auch im Bankgeschäft tätig sind. Die Befugnisse der nationalen Finanzaufsichtsbehörden sollen gestärkt werden. Finanzkonglomerate sollen



künftig nach Versicherungs- und Bankenaufsichtsrecht parallel geprüft werden können, damit Lücken in der Finanzaufsicht über Finanzkonglomerate, wie sie in der Finanzkrise zum Vorschein traten, künftig vermieden werden. Die Aufsichtsbehörden sollen bessere Informationen zu einem früheren Zeitpunkt erhalten und effektiv intervenieren können, falls Finanzkonglomerate in Schwierigkeiten geraten. Die Richtlinie muss noch von Rat und EP angenommen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/376&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de>  
[http://ec.europa.eu/internal\\_market/financial-conglomerates/docs/com-2010-433\\_final\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/financial-conglomerates/docs/com-2010-433_final_de.pdf)

### **VERSCHÄRFUNG DER GLOBALEN MINDESKAPITALANFORDERUNGEN (BASEL III)**

Die Gruppe der Zentralbankpräsidenten und Leiter der Bankenaufsichtsbehörden, das Leitungsgremium des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, gab am 12.09.2010 eine deutliche Verschärfung der bestehenden Eigenkapitalanforderungen bekannt. Diese werden den Staats- und Regierungschefs der G 20 auf dem Gipfel in Seoul im November vorgelegt werden. Die neuen Regeln sollen in einer Übergangsperiode schrittweise bis zum 01.01.2019 eingeführt werden. *Michel Barnier*, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, hat die Baseler Beschlüsse begrüßt. Er kündigte an, dass die Kommission - nach Billigung der neuen Eigenkapitalanforderungen durch die G 20 - im ersten Quartal 2011 - die notwendigen Legislativvorschläge zur Überführung der Baseler Beschlüsse in EU-Recht unterbreiten wird (Änderung der sog. Eigenkapitalrichtlinien; „CRD IV“). Die Kommission will dazu eine tiefgehende Folgenabschätzung erstellen und dabei vor allem auch die Entwicklungen in anderen Regionen der Welt berücksichtigen (insbesondere USA). Eine umfassende Folgenabschätzung, insbesondere auch hinsichtlich der Auswirkungen auf die Realwirtschaft, sowie die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen auf globaler Ebene sind auch wesentliche Anliegen des EP, wie aus einem Initiativbericht des ECON-Ausschusses vom 13.09.2010 hervorgeht.

<http://bundesbank.de/download/presse/presenotizen/2010/20100913.mindestkapitalanforderungen.php>  
[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/042-82028-256-09-38-907-20100913IPR82027-13-09-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-82028-256-09-38-907-20100913IPR82027-13-09-2010-2010-false/default_de.htm)



[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/barnier/docs/speeches/20100913/20100913\\_barnier\\_statement\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/docs/speeches/20100913/20100913_barnier_statement_en.pdf)

### **POSITION DES RATES ZU EU-HAUSHALT 2011**

Der Rat hat am 12.08.2010 im schriftlichen Verfahren seine Position zum EU-Haushalt 2011 festgelegt. Die Zahlungsermächtigungen sollen aus Sicht des Rates 126,5 Mrd. € betragen. Gegenüber dem Haushaltsentwurf der Kommission bedeutet dies eine Kürzung um insgesamt 3,6 Mrd. €. Damit würde sich die Ausgabensteigerung gegenüber dem EU-Haushalt 2010 nur auf 2,9 % anstatt der von der Kommission vorgeschlagenen Steigerung von 5,9 % belaufen. Die Abstimmung im Haushaltsausschuss des EP ist für 07.10.2010 anvisiert. Im Plenum wird sich das EP voraussichtlich in der Sitzungswoche vom 18.-22.10.2010 mit dem EU-Haushalt 2011 befassen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/116151.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/116151.pdf)

### **URTEILE DES EUGH IN DEN VERFAHREN ZUM DEUTSCHEN GLÜCKSSPIELRECHT**

Am 08.09.2010 hat der EuGH seine Urteile in den Verfahren zum deutschen Glücksspielrecht verkündet. Den Mitgliedstaaten stehe es frei, im Glücksspielbereich staatliche Monopole zu schaffen. Dadurch lassen sich aus Sicht des EuGH die mit Glücksspielen verbundenen Gefahren wirksamer beherrschen als mit einem System, in dem Privatunternehmern die Veranstaltung von Wetten erlaubt wird. Gleichwohl kommt der EuGH zu dem Ergebnis, dass die deutsche Regelung die Glücksspiele nicht in kohärenter und systematischer Weise begrenzt. Denn Kasino- oder Automaten Spiele unterliegen nicht dem staatlichen Monopol, obwohl sie ein höheres Suchtpotenzial aufweisen als die vom Monopol erfassten Spiele. Unter diesen Umständen könne das Monopol – in seiner aktuellen Ausgestaltung – nicht mehr gerechtfertigt werden. Es ist nunmehr Sache der nationalen deutschen Gerichte, die die Verfahren dem EuGH vorgelegt hatten (Vorabentscheidungsverfahren), über die Rechtssache im Einklang mit der Entscheidung des Gerichtshofs zu entscheiden. Die Entscheidung des EuGH bindet in gleicher Weise aber auch andere nationale Gerichte, die mit einem ähnlichen Problem befasst werden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-09/cp100078de.pdf>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **ECOFIN-RAT BESCHLIESST PAKET ZUR FINANZMARKTAUFSICHT; KEINE EINIGUNG ÜBER BANKENABGABE**

Am 07.09.2010 hat der ECOFIN-Rat den am 02.09.2010 im Trilog zwischen Rat, Kommission und EP gefundenen Kompromiss zur Einführung einer europäischen Finanzaufsichtsstruktur gebilligt. Es werden drei neue europäische Institutionen geschaffen, die Banken, Versicherungen und Börsen überwachen. Die neuen EU-Agenturen können grenzüberschreitend tätigen Kreditinstituten unter bestimmten Bedingungen direkte Weisungen erteilen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ecofin/116506.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ecofin/116506.pdf)

### **KOMMISSION SCHLÄGT VERORDNUNG ÜBER LEERVERKÄUFE UND CREDIT DEFAULT SWAPS VOR**

Die Kommission hat am 15.09.2010 einen Vorschlag für eine Verordnung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (CDS) angenommen. Sie möchte damit insbesondere die Transparenz bei Leerverkäufen erhöhen und einen Rahmen für koordinierte Maßnahmen auf europäischer Ebene schaffen, etwa für Beschränkungen oder ein Verbot von Leerverkäufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1126&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>  
[http://ec.europa.eu/internal\\_market/securities/docs/short\\_selling/20100915\\_proposal\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/short_selling/20100915_proposal_en.pdf)

### **KOMMISSION SCHLÄGT REGULIERUNG DES DERIVATEHANDELS VOR**

Die Kommission hat am 15.09.2010 einen Vorschlag für eine Verordnung vorgelegt, mit der auf dem Markt der außerbörslich ("over the counter") gehandelten Derivate (sog. „OTC-Derivate“) mehr Sicherheit und Transparenz geschaffen werden soll. Zugleich soll damit ein Anreiz gegeben werden, solche Derivate auf dem regulierten Markt zu handeln.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1125&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **EINIGUNG AUF STRENGERE EIGENKAPITALANFORDERUNGEN FÜR BANKEN („BASEL III“) – UMSETZUNG IN UNIONSRECHT**

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, bestehend aus Vertretern der Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden, hat sich am 12.09.2010 auf verschärfte Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken geeinigt. Es ist vorgesehen, dass die Banken ihre sog. „harte Kerneigenkapitalquote“ (Aktionärskapital und Gewinnrücklagen) schrittweise von zwei auf insgesamt sieben Prozent anheben müssen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/042-82028-256-09-38-907-20100913IPR82027-13-09-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-82028-256-09-38-907-20100913IPR82027-13-09-2010-2010-false/default_de.htm)

### **EINIGUNG AUF STRENGERE REGELUNGEN FÜR ZAHLUNGSVERZUG**

Am 13.09.2010 einigten sich Rat und EP auf eine Verschärfung der Richtlinie über den Zahlungsverzug (Richtlinie 2000/35/EG). Danach müssen nun öffentliche Auftraggeber, ebenso wie private Unternehmen, ihre Verbindlichkeiten grundsätzlich innerhalb von 30 Tagen begleichen. Anschließend fällt ein Verzugszins in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz an.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/052-82070-256-09-38-909-20100913IPR82069-13-09-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/052-82070-256-09-38-909-20100913IPR82069-13-09-2010-2010-false/default_de.htm)

### **EINIGUNG IM RAT ÜBER FREIHANDELSABKOMMEN MIT SÜDKOREA**

Der Rat hat sich am 16.09.2010 auf den Inhalt des Freihandelsabkommens der EU mit Südkorea geeinigt. Aufgrund eines Einspruchs Italiens lag das Abkommen längere Zeit auf Eis. Italien befürchtet, dass sich die Erleichterung von Importen aus Südkorea negativ auf die heimische Autoindustrie auswirken wird. Der Kompromiss besteht darin, dass das Abkommen erst am 01.07.2011 statt - wie ursprünglich geplant - am 01.01.2011 in Kraft treten soll. Die Bedeutung von Schutzklauseln bei plötzlichen Importzuwächsen in sensiblen Sektoren, wie dem Kleinwagenbereich, wird zudem in einer Erklärung des Rates ausdrücklich betont.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/116545.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116545.pdf)

<http://www.europarl.de/view/de/Aktuell/pr-2010/Aktuell-2010-September/Aktuell-2010-September-4.html;jsessionid=1A8CD94017C402D4244B65F1DA780E7A>



#### **VIER EU-KOMMISSARE FORDERN GEMEINSAMEN STRATEGISCHEN RAHMEN FÜR EU-FONDS**

In einem Brief an Kommissionspräsident *Barroso* vom 31.08.2010 haben alle vier EU-Kommissare, in deren Zuständigkeit die Verwaltung eines EU-Fonds fällt, einen gemeinsamen strategischen Rahmen für diese Fonds ab dem Jahr 2014 gefordert. Dabei handelt es sich um die Kommissare *Hahn* (Regionalpolitik – EFRE), *Andor* (Beschäftigung – ESF), *Cioloş* (Landwirtschaft – EGFL und ELER) sowie *Damanaki* (Fischerei – EFF).

#### **VERORDNUNG ZUR EINRICHTUNG TRANSEUROPÄISCHER KORRIDORE FÜR GÜTERVERKEHR AUF DER SCHIENE VERABSCHIEDET**

Der Rat hat am 13.09.2010 eine Verordnung zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr verabschiedet. Sie sieht die Einrichtung von grenzüberschreitenden Frachtkorridoren durch die Mitgliedstaaten vor, auf denen hochwertige Infrastruktur und ein nutzerfreundliches grenzüberschreitendes Management gewährleistet sind. So soll der Güterverkehr auf der Schiene gegenüber anderen Verkehrsträgern gestärkt werden.

Pressemitteilung des Rates (dort S. 16):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/16489.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/16489.pdf)

#### **KOMMISSION LEITET ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR MÖGLICHEN ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE (EWG) 95/93 ÜBER DIE ZUTEILUNG VON SLOTS AN FLUGHÄFEN EIN**

Die Generaldirektion Mobilität & Transport (MOVE) der Kommission hat am 03.09.2010 eine öffentliche Online-Konsultation zur praktischen Umsetzung der Richtlinie (EWG) 95/93 über die Slot-Zuteilung an Flughäfen eingeleitet. Die Konsultation endet am 29.10.2010.

[http://ec.europa.eu/transport/air/consultations/2010\\_10\\_25\\_regulation\\_95\\_93\\_ec\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/air/consultations/2010_10_25_regulation_95_93_ec_en.htm)

#### **VERLÄNGERUNG DES MANDATS FÜR DIE ARBEITSGRUPPE BÜROKRATIEABBAU („STOIBER-GRUPPE“)**

Die Kommission hat am 17.08.2010 beschlossen, das Mandat der „Hochrangigen Gruppe unabhängiger Interessenträger im Bereich Verwaltungslasten“



zum Bürokratieabbau (sog. „Stoiber-Gruppe“) um zwei Jahre zu verlängern.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:223:0006:0007:de:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **EP: INITIATIVBERICHT ZUR LEBENSMITTELVERSORGUNGSKETTE ANGENOMMEN**

Das EP hat am 07.09.2010 den Initiativbericht „Gerechte Einnahmen für Landwirte: Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern“ angenommen. In dem Bericht, der von *José Bové* (Grüne/EFA, FR) entworfen wurde, fordern die Parlamentarier mehr Preistransparenz und lauterer Wettbewerb entlang der Lebensmittelkette, eine Stärkung der Verhandlungsposition der Landwirte, einen Stopp der Spekulationen mit Lebensmitteln und ein Ende des Missbrauchs der Nachfragemacht bei der Vertragsgestaltung. Um diese Vorhaben zu erreichen, sollen u.a. Standard-Verträge, eine europäische Beobachtungsstelle für Preise und Margen und eine EU-weite Marktregulierungsbehörde eingesetzt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sidesSearch/search.do?type=REPORT&language=DE&term=7&author=96744>

### **DEUTSCHLAND UND FRANKREICH EINIGEN SICH AUF GEMEINSAME POSITION ZUR GAP NACH 2013**

Bundeslandwirtschaftsministerin *Ilse Aigner* und ihr französischer Amtskollege Minister *Bruno Le Maire* haben ein gemeinsames Positionspapier zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 unterzeichnet. Beide Seiten betonen, dass die Landwirtschaft eine strategische Aktivität und damit einen integralen Bestandteil der Strategie Europa 2020 darstellen und dass eine starke GAP auch in Zukunft notwendig sei. Zusammenfassend halten beide Länder größtenteils an der Grundstruktur und den bisherigen Instrumenten der GAP, wie die zwei-Säulen Struktur mit Direktzahlungen und modernen Marktinstrumenten als Sicherheitsnetz fest. Abgelehnt wird eine europaweite „flaute“ und das Instrument der Modulation zur Mittelverteilung zwischen den Säulen. Eine Entscheidung über finanzrelevante Fragen soll im Zusammenhang aller Politiken und des gesamten Finanzrahmens getroffen werden.



[http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Presse/Deutsch-Franz-Position-dt.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Presse/Deutsch-Franz-Position-dt.pdf?__blob=publicationFile)

### **VERANSTALTUNG ZUM WELTGENUSSERBE BAYERN AM 01.09.2010 IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG**

Auf Einladung des Bayerischen Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, *Helmut Brunner*, des Bayerischen Staatsministers für Umwelt und Gesundheit, *Dr. Markus Söder* und der bayerischen Schutzgemeinschaften Milchwirtschaftlicher Verein Allgäu-Schwaben e. V., Bayerischer Brauerbund e. V., Schutzverband Nürnberger Bratwürste e. V. und Schutzgemeinschaft Bayerischer Meerrettich wurden am 01.09.2010 in der Bayerischen Vertretung über 350 Gästen bayerische Spezialitäten im Rahmen der Veranstaltung „Welt-GenussErbe Bayern“ präsentiert.

### **KOMMISSION ERHÖHT FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR NATIONALE BIENEN-ZUCHTPROGRAMME**

Am 14.09.2010 genehmigte die Kommission alle von den 27 Mitgliedstaaten vorgelegten Imkereiprogramme zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenerzeugnisse. Die Kommission hat die Gesamtmittel bei der Teilfinanzierung der nationalen Programme in der Periode 2011 bis 2013 um fast 25 %, auf jährlich 32 Mio. € erhöht. Finanziert werden u.a. Maßnahmen gegen die Varroa-Milbe und die Forschung für den Bienenschutz. Deutschland erhält jährlich über 1,5 Mio. € an EU-Mitteln und steuert den gleichen Betrag für das Programm nochmals bei.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1121&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **NEUES ABKOMMEN ÜBER WEINHANDEL ZWISCHEN AUSTRALIEN UND DER EU IN KRAFT**

Ein neues Weinhandelsabkommen zwischen der EU und Australien trat am 01.09.2010 in Kraft und ersetzt das seit 1994 bestehende Abkommen. Das neue Weinhandelsabkommen mit Australien beinhaltet zum Einen die Sicherung der Weinetikettierung gemäß den Regeln der EU. Zugleich werden geographische Angaben bei Weinen aus der EU und aus Australien in gleichem Maße geschützt. Australien erklärt sich zudem bereit, Schlüsselbegriffe und traditionelle Bezeichnungen für europäische Weine zu schützen und ihre bis-



herige Verwendung für australische Weine in einer einjährigen Übergangsfrist auslaufen zu lassen.

[http://ec.europa.eu/agriculture/markets/wine/third/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/markets/wine/third/index_de.htm)

### **ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR BEDEUTUNG DER LANDNUTZUNG UND FORSTWIRTSCHAFT BEIM KLIMASCHUTZ**

Am 10.09.2010 hat die Kommission eine Konsultation gestartet, deren Ziel es ist zu ermitteln, ob und in welcher Form die durch Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft entstehenden Treibhausgasemissionen beim Erreichen der EU-Klimaschutzziele berücksichtigt werden sollen. Privatleute, Interessengruppen und Behörden sind eingeladen, in Form eines Online-Fragebogens, bis zum 05.11.2010 ihre Meinung zu äußern.

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/climate.htm>

### **KONSULTATION DER KOMMISSION ZUM EINFLUSS VON BIOKRAFTSTOFFEN AUF INDIREKTE LANDNUTZUNGSÄNDERUNG**

Seit dem 30.07.2010 läuft die von der Kommission gestartete Konsultation über den Einfluss von Biokraftstoffen auf indirekte Landnutzungsänderung. Ziel ist es zu ermitteln, ob und inwieweit ein Handeln im Hinblick auf indirekte Landnutzungsänderung und Biokraftstoffe seitens der Kommission notwendig ist. Interessenvertreter sind aufgefordert, bis zum 31.10.2010 wissenschaftlich begründete Beiträge einzureichen.

[http://ec.europa.eu/energy/renewables/consultations/2010\\_10\\_31\\_iluc\\_and\\_biofuels\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/renewables/consultations/2010_10_31_iluc_and_biofuels_en.htm)

### **KONSULTATION ZU KÜNFTIGEN OPTIONEN DER EU-POLITIK ZUR BIODIVERSITÄT**

Im Internationalen Jahr der Artenvielfalt hat die Kommission am 25.08.2010 eine Internetkonsultation zu den künftigen Optionen der EU-Politik zur Biodiversität eröffnet. Nachdem das bisherige EU-Ziel den Verlust an Artenvielfalt innerhalb der EU bis zum Jahr 2010 zu stoppen, klar verfehlt worden ist, soll nun noch vor Jahresende eine neue „EU-Biodiversitätsstrategie für die Zeit nach 2010“ vorgelegt werden (s. EB 13/10), in der die Ergebnisse der Internetbefragung mit einfließen sollen. Die Frist für die Teilnahme an der Konsultation endet am 22.10.2010 (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/biodecline.htm>



## **EU UND GEORGIEN SCHLIEßEN ABKOMMEN ZUM SCHUTZ GEOGRAFISCHER ANGABEN**

Die EU und Georgien haben ein bilaterales Abkommen zum Schutz ihrer jeweiligen geografischen Angaben beschlossen. Jedoch muss das Abkommen noch unterzeichnet und ratifiziert werden. Ziel des Abkommens ist es, die missbräuchliche Verwendung von Produktbezeichnungen einzudämmen. Das Abkommen soll zudem dazu dienen, den Handel sowie die Qualität der Produkte zu verbessern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1015&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **HOHES ENGAGEMENT FÜR LEBENS- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT IN EUROPA**

Am 10.09.2010 hat die Kommission die Veröffentlichung des RASFF-Jahresberichtes für 2009 bekanntgegeben (RASFF = Rapid Alert System für Food and Feed). Nach dem partiellen Beitritt der Schweiz für den Bereich der tierischen Erzeugnisse zum 01.01.2009 wurden in diesem Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel fast 8.000 Meldungen für das Jahr 2009 und damit gegenüber dem Jahr 2008 ein Zuwachs in Höhe von 12 % verzeichnet. Dies ist nach Angaben der Kommission darauf zurückzuführen, dass die Mitglieder das Meldesystem verstärkt nutzen, um zum Schutz der Verbraucher schnellstmöglich tätig zu werden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/docs/report2009\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/docs/report2009_en.pdf)

[http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/index_en.htm)

## **EP FÜR BESSEREN SCHUTZ VON VERSUCHSTIEREN**

Am 08.09.2010 hat das EP in zweiter Lesung eine neue Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere verabschiedet und damit den zuvor mit dem Rat ausgehandelten Kompromiss in Form seines Standpunktes vom 03.06.2010 bestätigt (s. EB 09/2010 und 09/2009). Damit wird die Richtlinie als Rechtsakt entsprechend dem Standpunkt des Rates erlassen. Nach dem fast zwei Jahre dauernden Gesetzgebungsverfahren schaffen die neuen Regelungen nach Ansicht der Mehrheit der Abgeordneten eine gute Balance zwischen dem Schutz von Versuchstieren und dem Erhalt des Forschungsstandortes Europa. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, die Vorgaben der Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Ab dem 01.01.2013



sind die neuen Vorschriften anzuwenden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0308+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>  
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:203E:0019:0069:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

#### **VERANSTALTUNG ZUR CHANCENGLEICHHEIT MIT FRAUEN- UND FAMILIENMINISTERIN HADERTHAUER UND KOMMISSIONSVIZEPRÄSIDENTIN REDING**

Die von der Kommission angekündigte neue Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015 stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen mit der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. am 14.09.2010 in der Bayerischen Vertretung. Unter dem Motto „Arbeitsmarkt der Zukunft – Chancengerechtigkeit als Mehrwert für Wachstum und Beschäftigung in Europa“ diskutierte Bayerns Frauen- und Familienministerin *Christine Haderthauer* vor knapp 200 Gästen mit der Kommissionvizepräsidentin *Viviane Reding*, EU-Kommissarin für Justiz, Grund- und Bürgerrechte, über Perspektiven zur Verwirklichung von Gleichberechtigung in der EU. Zugleich überreichte die Ministerin der Kommissarin ein Positionspapier der Bayerischen Staatsregierung. Die Kommission will den neuen Fünfjahresfahrplan zur Gleichstellung am 21.09.2010 in Straßburg beschließen.

[www.stmas.bayern.de](http://www.stmas.bayern.de)

#### **KOMMISSION LEGT MITTEILUNG „JUGEND IN BEWEGUNG“ ALS BESTANDTEIL DER EUROPA 2020-STRATEGIE VOR**

Die Kommission hat am 15.09.2010 die Mitteilung „Jugend in Bewegung – Eine Initiative zur Freisetzung des Potenzials junger Menschen, um in der Europäischen Union intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erzielen“ vorgelegt. Die Mitteilung bildet eine der sieben Leitinitiativen der Europa 2020-Strategie, die die Kommission im März 2010 vorgelegt hatte (s. EB 5/2010), und umfasst 28 Schlüsselmaßnahmen, mit denen die allgemeine und



berufliche Bildung stärker an den Bedürfnissen junger Menschen ausgerichtet werden sollen. Auch Maßnahmen wie Studien- oder Ausbildungsaufenthalte im Ausland sollen die Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen verbessern und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Nach Auskunft der EU-Kommission sei seit Beginn der Wirtschaftskrise die Anzahl junger Menschen auf Arbeitssuche von vier auf fünf Millionen gestiegen, in der EU betrage die Jugendarbeitslosigkeit damit fast 21 Prozent (s. Beitrag des StMUK in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/news/culture/100915\\_2\\_de.htm](http://ec.europa.eu/news/culture/100915_2_de.htm)

### **EP-PLENUM VOM 06. – 09.09.2010: ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

#### LEGISLATIVE ENTSCHEIDUNG ZU LEITLINIEN FÜR BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE MAßNAHMEN

Das EP hat am 08.09.2010 eine legislative Entschließung zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien mit 566:59:66 Stimmen angenommen. Die beschäftigungspolitischen Leitlinien bilden Teil der sog. integrierten Leitlinien zur Umsetzung der Europa 2020-Strategie (s. EB 8/2010). In der Entschließung auf Grundlage des Berichts des ungarischen EVP-Berichterstatters *Csaba Öry* fordern die Abgeordneten mit Blick auf das Ziel einer Beschäftigungsrate von 75 Prozent der 20- bis 64-Jährigen in der Europa 2020-Strategie die Mitgliedstaaten dazu auf, die Beschäftigungsquote unter Konzentration auf bestimmte Gruppen bis 2014 um zehn Prozent zu steigern, z.B. bei Frauen, jungen Menschen bis 25 Jahren, älteren Arbeitnehmern zwischen 50 und 64 Jahren sowie Menschen mit Behinderung bzw. mit Migrationshintergrund.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/048-81469-249-09-37-908-20100907IPR81468-06-09-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/048-81469-249-09-37-908-20100907IPR81468-06-09-2010-2010-false/default_de.htm)

#### REDE VON KOMMISSIONSPRÄSIDENT *BARROSO* ZUR „LAGE DER UNION“

Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* hat in seiner ersten „Rede zur Lage der Union“ am 07.09.2010 vor dem EP in Straßburg neben der Reform des EU-Finanzierungssystems die Schwerpunkte der Kommission für das kommende Jahr skizziert. Jetzt sei der Zeitpunkt, „um unsere soziale Marktwirt-



schaft so zu reformieren, dass sie sich in der Welt behaupten und auf den demographischen Wandel einstellen kann“, sagte er. Im Wesentlichen sei die EU im kommenden Jahr mit fünf großen Aufgaben konfrontiert, wobei er neben der Bewältigung der Wirtschaftskrise u.a. die Wachstumsbelebung zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine beschleunigte Umsetzung der Europa 2020-Strategie nannte. Zwar sei die Beschäftigungspolitik vorrangig in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, die EU werde sich jedoch „nicht auf die Zuschauerrolle beschränken“, erklärte er.

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/speeches-statements/index\\_de.htm#top](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/index_de.htm#top)

#### MAßNAHMEN FÜR FRAUEN IN EINER ALTERNDEN GESELLSCHAFT SOWIE EUROPÄISCHES JAHR ZUR BEKÄMPFUNG VON GEWALT GEGEN FRAUEN

Um das Leben von älteren Frauen zu verbessern, sollten die EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen zur positiven Diskriminierung ergreifen. Dies forderte das EP mit einer Entschließung auf der Grundlage des Berichts zu der „Rolle der Frau in einer alternden Gesellschaft“, den die finnische EVP-Berichterstatterin *Sirpa Pietikäinen* vorgelegt hatte. Die Mitgliedstaaten sollten zum Beispiel einen bezahlten Urlaub für Pflegekräfte anbieten und Kampagnen zur Sensibilisierung durchführen, die die Rolle von älteren Menschen in der Gesellschaft widerspiegeln. Die derzeit im Rat behandelte EU-Antidiskriminierungsrichtlinie, die u.a. Diskriminierung aufgrund des Alters eindämmen soll, solle - so die Abgeordneten - „so bald wie möglich verabschiedet“ werden. Bis Ende 2011 solle die Kommission einen Aktionsplan vorlegen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/014-81465-249-09-37-902-20100907IPR81464-06-09-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/014-81465-249-09-37-902-20100907IPR81464-06-09-2010-2010-false/default_de.htm)

#### KOMMISSION UND EP: FRANKREICH SOLL AUSWEISUNG VON ROMA STOPPEN

Kommissionsvizepräsidentin *Reding* hat in scharfen Worten Kritik an Frankreich im Zusammenhang mit der Ausweisung von Roma geübt und die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren im Eilverfahren angekündigt. Das EP machte Bedenken gegen die Ausweisungsmaßnahmen geltend und fordert deren unverzügliche Aussetzung (s. Beitrag des StMI in diesem EB).



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/428&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>  
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0312+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **RAT VERABSCHIEDET STANDPUNKT ZUR RICHTLINIE ÜBER AUSÜBUNG DER PATIENTENRECHTE IN DER GRENZÜBERSCHREITENDEN VERSORGUNG**

Der Rat der EU für allgemeine Angelegenheiten hat am 13.09.2010 formell den Ratsstandpunkt zur Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung angenommen und damit den Inhalt der politischen Einigung vom 08.06.2010 (s. EB 11/2010) formell bestätigt. Die neuen Regelungen sollen den Zugang der EU-Bürger zu einer sicheren und hochwertigen Gesundheitsversorgung außerhalb ihres Heimatstaates erleichtern und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in diesem Bereich fördern. Zugleich möchte der Rat die einschlägige Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union sowie die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Organisation ihrer nationalen Gesundheitssysteme achten. Mit Übermittlung des Standpunktes an das EP kann dieses nun die zweite Lesung beginnen. Die EP-Abgeordneten werden voraussichtlich Änderungen des Gesetzestextes vorschlagen, um die Rechte von Patienten in bestimmten Bereichen weiter zu verbessern (s. Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMUG in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/116482.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/116482.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ZUR EU-LEITINITIATIVE „JUGEND IN BEWEGUNG“ UND STARTET KONSULTATION ZUM LLP-NACHFOLGEPROGRAMM**

Die Kommission hat am 15.09.2010 die Mitteilung „Jugend in Bewegung - Eine Initiative zur Freisetzung des Potenzials junger Menschen, um in der Europäischen Union intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erzielen“ [veröffentlicht](#). Mit dieser Mitteilung gestaltet die Kommission die Initiative „Jugend in Bewegung“ aus, die von Kommissionspräsident *Barroso* bereits im



September 2009 angekündigt wurde und eine der sieben EU-Leitinitiativen der Europa 2020-Strategie darstellt. Die Initiative soll insbesondere dazu beitragen, die in der Europa 2020-Strategie beschlossenen Kernziele zur Verbesserung der Bildungsqualität und zur Steigerung der Beschäftigungsquote zu erreichen. Dabei stellt „Jugend in Bewegung“ ein Rahmenwerk dar, das durch eine Vielzahl von Initiativen, Instrumenten und Programmen erst noch konkretisiert werden soll. Dadurch erhält die Mitteilung, die in engem Zusammenhang mit der EU-Leitinitiative „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ umgesetzt werden soll, den Charakter eines umfassenden Arbeitsprogramms für den Bildungs- und Beschäftigungsbereich.

Zeitgleich mit der Veröffentlichung der Mitteilung hat die Kommission eine Konsultation begonnen, durch die die Öffentlichkeit Gelegenheit erhalten soll, sich zur Zukunft der EU-Mobilitätsprogramme nach 2013 zu äußern. Ergänzend hat die Kommission einen Vorschlag für die Ratsempfehlung „Jugend in Bewegung – Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ vorgelegt. Ziel des Vorschlags ist es, bis 2020 allen jungen Menschen in Europa die Möglichkeit zu einem Auslandsaufenthalt als Teil ihrer Ausbildung zu bieten.

Die Mitteilung „Jugend in Bewegung“, der Vorschlag für die Ratsempfehlung „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“, die Konsultation zur Zukunft der EU-Mobilitätsprogramme sowie weiterführende Informationen finden sich im Internet unter:

[http://ec.europa.eu/education/news/news2540\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/news/news2540_de.htm)

### **DEUTSCHLAND LIEGT IM BEREICH DES LEBENSLANGEN LERNENS LAUT BERTELSMANN-STUDIE IM EUROPÄISCHEN MITTELFELD**

Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zum Weiterbildungsverhalten in der Europäischen Union liegt Deutschland beim lebenslangen Lernen im europäischen Mittelfeld: Während sich beispielsweise 76% der Dänen regelmäßig weiterbilden, nehmen nur 48% der Deutschen am lebenslangen Lernen teil. Deutschland liegt damit etwas über dem europäischen Durchschnitt von 45%. Ein internationales Expertenteam hatte den neuen „European Lifelong Learning Index“ (ELLI) erarbeitet und damit Daten über lebenslanges Lernen in Europa auf eine vergleichbare Grundlage gestellt.

<http://www.elli.org/index.php?id=98>



### **KOMMISSION ORGANISIERT IM NOVEMBER LLP-INFORMATIONSTAGE**

Die Kommission veranstaltet zusammen mit der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur am 12.11.2010 und 15.11.2010 in Brüssel Informationstage zum Programm für Lebenslanges Lernen (LLP). Dabei sollen unter anderem die für das Jahr 2011 zu beachtenden Änderungen hinsichtlich der Einreichung von Vorschlägen vorgestellt werden.

[http://eacea.ec.europa.eu/llp/events/infodays\\_2011/infoday\\_llp\\_2011\\_en.php](http://eacea.ec.europa.eu/llp/events/infodays_2011/infoday_llp_2011_en.php)

### **ZWEITE AUSGABE DES EQR-NEWSLETTERS ERSCIENEN**

In der zweiten Ausgabe des EQR-Newsletters gibt Cedefop einen Überblick über die Fortschritte, die bislang in den Mitgliedstaaten bei der Erarbeitung nationaler Qualifikationsrahmen erzielt wurden.

[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/eqf/news2\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/eqf/news2_en.pdf)

### **ERGEBNISSE DER ONLINE-UMFRAGE ZUR EU-SPORTPOLITIK ERSCIENEN**

Nachdem die Kommission im April 2010 eine öffentliche Konsultation zu den strategischen Prioritäten einer künftigen europäischen Sportpolitik eingeleitet hatte, wurden nun die Ergebnisse der Online-Umfrage veröffentlicht. Bezüglich der gewünschten Schwerpunkte wurde dem Abschlussbericht zufolge unter anderem eine bessere Einbeziehung des Sports in die nationalen Bildungspolitiken genannt. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in die von der Kommission für Ende Oktober angekündigte Mitteilung zur Umsetzung der Sportbestimmungen des Lissabon-Vertrags einfließen.

[http://ec.europa.eu/sport/library/doc/a/100726\\_online\\_consultation\\_report.pdf](http://ec.europa.eu/sport/library/doc/a/100726_online_consultation_report.pdf)

### **ANMELDUNG ZUM ÜBERSETZUNGSWETTBEWERB „JUVENES TRANSLATORES“**

Bis zum 20.10.2010 können sich weiterführende Schulen in ganz Europa für die Teilnahme am Übersetzungswettbewerb „Jvenes Translatores“ 2010 bewerben. Mit diesem Wettbewerb will die Kommission das Interesse von Schülern am Sprachenlernen wecken.

[http://ec.europa.eu/translatores/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/translatores/index_de.htm)



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **KULTURWIRTSCHAFT: KOMMISSARIN VASSILIOU STELLT NÄCHSTE SCHRITTE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER KREATIVINDUSTRIE VOR**

Im Rahmen der belgischen Ratspräsidentschaft fand am 08. und 09.09.2010 in Brüssel eine Konferenz zum Thema „Creativity, Culture and Innovation“ statt. Kommissarin *Vassiliou* rückte in ihrer Rede die Bedeutung der Kreativindustrie für das Wirtschaftswachstum in den Vordergrund. Hinsichtlich des von der Kommission im April veröffentlichten Grünbuchs „Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativindustrien“ stellte sie den weiteren Zeitplan vor: Im Herbst 2010 wird eine detaillierte Analyse zu der Online-Befragung zum Grünbuch vorgelegt, an der sich mehr als 350 Behörden, öffentliche und private Organisationen und Einzelpersonen aus mehr als 25 Ländern beteiligt haben. In der ersten Hälfte 2011 werden darauf aufbauend Vorschläge für strategische Initiativen folgen.

[http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc2577\\_de.htm](http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc2577_de.htm)

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ZUR EU-LEITINITIATIVE „JUGEND IN BEWEGUNG“**

Zeitgleich mit dem Start einer Konsultation zur Zukunft der EU-Mobilitätsprogramme nach 2013 hat die Kommission am 15.09.2010 die Mitteilung „Jugend in Bewegung - Eine Initiative zur Freisetzung des Potenzials junger Menschen, um in der Europäischen Union intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erzielen“ veröffentlicht. Mit dieser Mitteilung gestaltet die Kommission die Initiative „Jugend in Bewegung“ aus, die von Kommissionspräsident *Barroso* bereits im September 2009 angekündigt wurde und eine der sieben EU-Leitinitiativen der Europa 2020-Strategie darstellt. Die Initiative soll insbesondere dazu beitragen, die in der Europa 2020-Strategie beschlossenen Kernziele zur Verbesserung der Bildungsqualität und zur Steigerung der Beschäftigungsquote zu erreichen. Dabei stellt „Jugend in Bewegung“ ein Rahmenwerk dar, das durch eine Vielzahl von Initiativen, Instrumenten und Programmen konkretisiert werden soll. Dadurch erhält die Mitteilung, die in engem Zusammenhang mit der EU-Leitinitiative „Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungen“ umgesetzt werden soll, den Charakter eines umfassenden Arbeitsprogramms für den Bildungs- und Beschäftigungsbereich (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/education/news/news2540\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/news/news2540_de.htm)



### **KOMMISSION SETZT FINDUNGSAUSSCHUSS FÜR NEUBESETZUNG DES WISSENSCHFTLICHEN RATES DES ERC EIN**

Die Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, *Máire Geoghegan-Quinn*, hat einen „Findungsausschuss“ eingesetzt, der die künftigen Mitglieder des wissenschaftlichen Rates des Europäischen Forschungsrates (European Research Council, ERC) auswählen soll. Der wissenschaftliche Rat setzt sich aus 22 europäischen Spitzenwissenschaftlern zusammen und legt als leitendes Organ des ERC dessen Förderstrategie und -methodik fest. Der „Findungsausschuss“ hat zwei Hauptaufgaben: Er soll neue Mitglieder für die schrittweise Neubesetzung des wissenschaftlichen Rates im Februar 2011 benennen. Außerdem soll er einen Kandidatenpool zusammenstellen, aus dem künftig freiwerdende Stellen im wissenschaftlichen Rat nachbesetzt werden können. Der Ausschuss besteht aus sechs hoch angesehenen Persönlichkeiten des Forschungsbereichs unter dem Vorsitz des Molekularbiologen *Prof. Eero Vuorio*, Universität Turku (Finnland). Die Neubesetzungen werden in einem halboffenen Konsultationsverfahren vorbereitet.

<http://erc.europa.eu/index.cfm?fuseaction=page.display&topicID=15>

[http://erc.europa.eu/pdf/ERC\\_ID\\_Committee\\_Initial\\_statement.pdf](http://erc.europa.eu/pdf/ERC_ID_Committee_Initial_statement.pdf)

### **DIGITALE AGENDA: EU-GRIDPROJEKT MACHT RECHENKAPAZITÄT VON 200.000 PCS FÜR EUROPÄISCHE FORSCHER VERFÜGBAR**

Für europäische Forscher wird durch das von der Kommission geförderte und am 14.09.2010 angelaufene Projekt „European Grid Infrastructure“ in großem Umfang zusätzliche Rechnerkapazität verfügbar. Das EGI-Projekt schafft einen dauerhaften und ständigen Zugang zur kombinierten Rechnerkapazität von über 200.000 PCs in mehr als 30 europäischen Ländern. Dabei werden die Rechnerkapazitäten von ansonsten ungenutzten PCs gekoppelt, um Forschern die erforderliche Rechenleistung für die Lösung hochkomplexer Fragen zur Verfügung zu stellen. Die EGI ist die größte bisher für die e-Wissenschaft geschaffene kooperative Gridinfrastruktur. Der Ausbau von Forschungsinfrastrukturen wie der EGI ist Teil der Digitalen Agenda für Europa, der Strategie der Kommission für eine möglichst umfassende Erschließung des sozialen und wirtschaftlichen Potenzials der Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Kommission unterstützt das Projekt EGI über einen Zeitraum von vier Jahren mit einem Beitrag von 25 Mio. € aus dem Programm „Kapazitäten“ des 7. Forschungsrahmenprogramms. Weitere Mittel kommen aus nationalen



Quellen wie den Nationalen Gridinitiativen (NGI).

[http://cordis.europa.eu/fp7/ict/e-infrastructure/home\\_en.html](http://cordis.europa.eu/fp7/ict/e-infrastructure/home_en.html)

### **PLENUM DES EP VOM 06. – 09.09.2010: EP FÜR BESSEREN SCHUTZ VON VERSUCHSTIEREN**

Am 08.09.2010 hat das EP in zweiter Lesung eine neue Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere verabschiedet und damit den zuvor mit dem Rat ausgehandelten Kompromiss in Form seines Standpunktes vom 03.06.2010 bestätigt (s. EB 09/2010 und 09/2009). Damit wird die Richtlinie als Rechtsakt entsprechend dem Standpunkt des Rates erlassen. Nach dem fast zwei Jahre dauernden Gesetzgebungsverfahren schaffen die neuen Regelungen nach Ansicht der Mehrheit der Abgeordneten eine gute Balance zwischen dem Schutz von Versuchstieren und dem Erhalt des Forschungsstandortes Europa. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, die Vorgaben der Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Ab dem 01.01.2013 sind die neuen Vorschriften anzuwenden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0308+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://eur->

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:203E:0019:0069:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:203E:0019:0069:DE:PDF)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 06. – 09.09.2010: ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT**

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 06. – 09.09.2010 in Straßburg u. a. eine Novellierung der Richtlinie zum Schutz von Versuchstieren verabschiedet sowie einen Initiativbericht zur Verbesserung der Lebensmittelkette angenommen.

Entschließung des Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0308+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Standpunkt des Rates:

<http://eur->



[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:203E:0019:0069:DE:PDF](http://lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:203E:0019:0069:DE:PDF)

<http://www.europarl.europa.eu/sidesSearch/search.do?type=REPORT&language=DE&term=7&author=96744>

### **VERANSTALTUNG ZUM WELTGENUSSERBE BAYERN AM 01.09.2010 IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG**

Auf Einladung des Bayerischen Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten *Helmut Brunner*, des Bayerischen Staatsministers für Umwelt und Gesundheit *Dr. Markus Söder* und der bayerischen Schutzgemeinschaften Milchwirtschaftlicher Verein Allgäu-Schwaben e. V., Bayerischer Brauerbund e. V., Schutzverband Nürnberger Bratwürste e. V. und Schutzgemeinschaft Bayerischer Meerrettich wurden am 01.09.2010 in der Bayerischen Vertretung über 350 Gästen bayerische Spezialitäten im Rahmen der Veranstaltung „Welt-GenussErbe Bayern“ präsentiert.

<http://www.bayern.de/Veranstaltungen-1417.10323355/index.htm>

### **RÜCKGANG DES TREIBHAUSGASAUSSTOSSES IN DER EU UM 6,9%**

Der Treibhausgasausstoß der EU hat sich im Jahr 2009 um 6,9% oder insgesamt 340 Millionen Tonnen verringert, das geht aus einem Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA) vom 10.09.2010 hervor. Die außerordentlich starke Verringerung führt die EUA vor allem auf die Wirtschaftskrise und insbesondere auf den dadurch um 5,5% gesunkenen Energieverbrauch zurück.

[http://air-climate.eionet.europa.eu/docs/ETCACC\\_TP\\_2010\\_4\\_EU\\_GHG\\_Inv2009.pdf](http://air-climate.eionet.europa.eu/docs/ETCACC_TP_2010_4_EU_GHG_Inv2009.pdf)

### **UMWELTBERICHT 2009 - EUROPAS RESSOURCEN MÜSSEN EFFIZIENT GENUTZT WERDEN**

Die Kommission hat am 10.08.2010 die jährliche Überprüfung der Umweltpolitik für 2009 veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass die Mitgliedstaaten in ihren Konjunkturprogrammen die Anliegen einer CO<sub>2</sub>-armen und ressourceneffizienten Wirtschaft berücksichtigen. Beleuchtet werden u. a. die vier Prioritäten des 6. Umweltaktionsprogramms: Klimawandel, Natur und biologische Vielfalt, Umwelt und Gesundheit sowie natürliche Ressourcen und Abfall.

<http://ec.europa.eu/environment/policyreview.htm>



## **KONSULTATION ZU KÜNFTIGEN OPTIONEN DER EU-POLITIK ZUR BIODIVERSITÄT**

Im Internationalen Jahr der Artenvielfalt hat die Kommission am 25.08.2010 eine Internetkonsultation zu den künftigen Optionen der EU-Politik zur Biodiversität eröffnet. Nachdem das bisherige EU-Ziel den Verlust an Artenvielfalt innerhalb der EU bis zum Jahr 2010 zu stoppen, klar verfehlt worden ist, soll nun noch vor Jahresende eine neue „EU-Biodiversitätsstrategie für die Zeit nach 2010“ vorgelegt werden (s. EB 13/10), in der die Ergebnisse der Internetbefragung mit einfließen sollen. Die Frist für die Teilnahme an der Konsultation endet am 22.10.2010.

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/biodecline.htm>

## **TEEB-BERICHT FÜR KOMMUNALE UND REGIONALE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER**

Am 09.09.2010 wurde eine neue TEEB-Studie im Rahmen des internationalen Projekts „Ökonomischer Wert von Ökosystemen und biologischer Vielfalt“ (TEEB, The Economics of Ecosystems and Biodiversity; s. auch EB Nr. 14/2010) veröffentlicht, die sich speziell an kommunale und regionale Entscheidungsträger richtet und Anregungen gibt, wie lokale Behörden den Wert und die Dienstleistungen der Natur besser verstehen und nutzen können.

<http://www.teebweb.org/ForLocalandRegionalPolicy/tabid/1020/Default.aspx>

## **ERGEBNISSE DES RATES „ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN“ AM 13.09.2010**

Der Rat der EU für allgemeine Angelegenheiten hat am 13.09.2010 formell den Ratsstandpunkt zur Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte angenommen sowie Schlussfolgerungen zum Kampf gegen Krebs und zur Grippepandemie getroffen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/116482.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/116482.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/116476.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/116476.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/116478.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/116478.pdf)



## **IONISIERENDE STRAHLUNG IN DER MEDIZIN – KOMMISSION WILL DIE VERSORGUNGSSICHERHEIT UND DEN STRAHLENSCHUTZ VERBESSERN**

Die Kommission hat am 06.08.2010 eine Mitteilung über medizinische Anwendungen ionisierender Strahlung und die Sicherheit der Versorgung mit Radioisotopen für die Nuklearmedizin verabschiedet. Darin wird u. a. vorgeschlagen, die Strahlenschutzrichtlinien, einschließlich der Richtlinie 97/43/Euratom über medizinische Exposition, neu zu fassen. Der Strahlenschutz soll sowohl für die Patienten als auch das medizinische Personal verbessert werden. Außerdem soll eine sichere Versorgung mit Radioisotopen für die Nuklearmedizin gewährleistet werden. Der Rat plant, Schlussfolgerungen zur Mitteilung zu erlassen.

Mitteilung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0423:FIN:DE:PDF>

Arbeitsdokument:

[http://ec.europa.eu/energy/nuclear/radiation\\_protection/doc/legislation/comm\\_s\\_ec\\_0974.pdf](http://ec.europa.eu/energy/nuclear/radiation_protection/doc/legislation/comm_s_ec_0974.pdf)

## **HOHES ENGAGEMENT FÜR LEBENS- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT IN EUROPA**

Am 10.09.2010 hat die Kommission die Veröffentlichung des RASFF-Jahresberichtes für 2009 bekanntgegeben (RASFF = Rapid Alert System für Food and Feed). Nach dem partiellen Beitritt der Schweiz für den Bereich der tierischen Erzeugnisse zum 01.01.2009 wurden in diesem Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel fast 8000 Meldungen für das Jahr 2009 und damit gegenüber dem Jahr 2008 ein Zuwachs in Höhe von 12% verzeichnet. Dies ist nach Angaben der Kommission darauf zurückzuführen, dass die Mitglieder das Meldesystem verstärkt nutzen, um zum Schutz der Verbraucher schnellstmöglich tätig zu werden.

RASFF-Jahresbericht 2009:

[http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/docs/report2009\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/docs/report2009_en.pdf)

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/index_en.htm)



## **NEUE BESCHEINIGUNGEN FÜR EXPORTE TIERISCHER ERZEUGNISSE NACH RUSSLAND**

Am 15.08.2010 traten fünf neue Bescheinigungen für die Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen aus der EU in die Russische Föderation in Kraft. Sie gelten für den Export von Rindfleisch mit Knochen, Dosen- und Trockenheimtierfutter sowie Zuchtschafen und –ziegen. Zweck ist, mit klaren Anforderungen die Zertifizierung von Ausfuhrsendungen zu erleichtern und somit mehr Ausfuhren zu ermöglichen. Im Jahr 2009 lag der Wert der aus der EU in die Russische Föderation exportierten Tiere und tierischen Erzeugnisse bei € 1,3 Mrd.

[http://ec.europa.eu/food/international/trade/eu-russia\\_spsissues\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/international/trade/eu-russia_spsissues_en.htm)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

## **MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT IN DER EU: DEFIZITE IN MEHREREN MITGLIEDSTAATEN**

Thema der Sitzung des EP am 08.09.2010 in Straßburg war unter anderem die Meinungs- und Pressefreiheit sowie staatliche Kontrolle über die Medien in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Im Ergebnis haben die EU-Parlamentarier in mehreren Ländern Defizite festgestellt.

<http://www.europarl.europa.eu/eng-internet-publisher/eplive/expert/shotlist/20100908SHL47360>

## **DIGITALE AGENDA: KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZUR WIEDERVERWENDUNG VON ÖFFENTLICHEN DATEN**

Die Kommission eröffnete am 09.09.2010 eine Konsultation zur EU-Richtlinie über die Wiederverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie). In der öffentlichen Befragung kann nun bis zum 30.11.2010 unter anderem Stellung genommen werden zum Geltungsbereich, zur Bestimmung des Begriffs „öffentliche Daten“, zu Digitalformaten, zur Gebührenberechnung und Lizenzvergabe sowie zu den Auswirkungen noch bestehender Beschränkungen. Alle Konsultationsbeiträge sollen in die Überarbeitung der PSI-Richtlinie, eine der wichtigsten Maßnahmen der Digitalen Agenda, einfließen. Spätestens bis 2012 will die Kommission über die Frage einer Novellierung der Richtlinie entschieden haben.

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=psidirective2010>



[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/psi/](http://ec.europa.eu/information_society/policy/psi/)

### **CASPAR-SOFTWARE ERÖFFNET NEUE MÖGLICHKEITEN ZUR DIGITALEN SPEICHERUNG VON DATEN FÜR KÜNFTIGE GENERATIONEN**

Europäische Forscher haben im Rahmen des CASPAR Programms („Cultural, Artistic and Scientific Knowledge for Preservation, Access and Retrieval“) neue Forschungsergebnisse im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) erzielt. Mit Hilfe von EU-finanzierten Mitteln wurde eine kostenlose Software erstellt, mit der wichtige Datenbestände, beispielsweise aus Archiven in Museen oder Bibliotheken, einfacher und effizienter digitalisiert werden können. Außerdem soll die Software es erleichtern, langfristig digitale Daten zu speichern, abzurufen und zu verstehen. CASPAR sowie die neu entwickelte Software werden im Rahmen des „ICT 2010“, Europas größter Forschungsveranstaltung, von 27.-29.09.2010 in Brüssel vorgestellt.

<http://www.casparpreserves.eu/>

<http://sourceforge.net/projects/digitalpreserve/files/>

[http://ec.europa.eu/information\\_society/events/ict/2010/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/events/ict/2010/index_en.htm)

### **JOURNALISTEN FORDERN „INTERNETSTEUER“ IN FORM VON GUTSCHEINEN**

Die britische Journalistengewerkschaft National Union of Journalists (NUJ), die größte in Europa und Großbritannien, fordert eine Internetsteuer, um die Medien zu retten. Die Bürger sollen von Internetdiensteanbietern finanzierte „Gutscheine für die Europäische Demokratie“ bekommen, die dann zum Kauf von Zeitungen und zur Zahlung von Abonnements für Onlinemedien benutzt werden könnten. Die Idee wurde in einer Vorlage an die Kommission zur Konsultation zum Grünbuch Kultur- und Kreativwirtschaft veröffentlicht. Noch im Laufe des Septembers sollen alle Beiträge zur Konsultation im Internet veröffentlicht werden. Außerdem wird die Kommission im Herbst eine umfassende Analyse und Zusammenfassung herausgeben.

<http://www.euractiv.com/de/pa/journalisten-fordern-internetsteuer-um-medien-zu-retten-news-497759>

[http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc/GreenPaper\\_creative\\_industries\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc/GreenPaper_creative_industries_de.pdf)